

ANTRAG

Antragsteller*in: Lorenz Horvath

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A6: Plan von Wirtschaft statt Planwirtschaft

Antragstext

Wir JUNOS Schüler:innen glauben an die Kraft der Freiheit, und Freiheit beginnt im Kopf. Eine offene Gesellschaft lebt davon, dass ihre Bürger:innen wirtschaftliche Zusammenhänge nicht nur nachplappern, sondern verstehen. Wer versteht, wie Preise entstehen, warum Wohlstand wächst und welche Anreize Menschen tatsächlich bewegen, fällt nicht auf einfache Antworten herein. Wer es nicht versteht, wird zur leichten Beute für jede Bewegung, die heute Inflation, morgen Mietpreise und übermorgen ganze Wirtschaftsordnungen mit Parolen erklären will. Gerade in einer Zeit wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit, falscher Heilsversprechen und ideologisch aufgeladener Debatten brauchen wir eine ökonomische Bildung, die verständlich, faktenbasiert und ideologiefrei ist. Unser Ziel ist klar: Wirtschaft verstehen, nicht verzerren.

Mit unserem Antrag „Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule“ haben wir bereits eine umfassende Position zur ökonomischen Bildung beschlossen. Wir fordern darin ein eigenständiges Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in der Sekundarstufe II, eine deutliche Stärkung der wirtschaftlichen Komponenten in der Unterstufe sowie eine breite inhaltliche Palette von Vertragsrecht über Anlagemöglichkeiten bis hin zu makroökonomischen Grundlagen. Besonders wichtig ist uns dabei der Anspruch, bei makroökonomischen Inhalten „einen neutralen Ansatz zu privilegieren“ und „heutige und vergangene Wirtschaftssysteme“ ausgewogen zu behandeln. Genau dieser Anspruch droht jedoch in der Praxis zu scheitern, solange die Bedingungen, unter denen er umgesetzt werden müsste, nicht ebenfalls geklärt sind. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir die dort formulierte Neutralität operationalisieren und an den drei strukturellen Hebeln ansetzen, die über die Qualität wirtschaftlicher Bildung tatsächlich entscheiden: dem Lehrplan, den Schulbüchern und den Lehrkräften.

Lehrpläne, die Verständnis vor Begriffsakrobatik stellen

27 Wer heute in einen durchschnittlichen Wirtschaftsunterricht hineinhört, erlebt
28 zu oft folgendes Bild: Schüler:innen lernen Begriffe wie „BIP“, „Magisches
29 Viereck“ oder „Globalisierung“ auswendig, ohne je verstanden zu haben, was sich
30 dahinter verbirgt oder warum es ihren Alltag prägt. Wirtschaft erscheint als
31 technisches Spezialfach für eine kleine Gruppe von Eingeweihten und nicht als
32 das, was sie tatsächlich ist: das Studium menschlichen Handelns unter Knappheit,
33 mit dem jeder Mensch täglich konfrontiert ist, ob beim Einkaufen, beim
34 Berufseinstieg oder bei der Frage, warum die eigene Miete steigt.

35 Eine gute Wirtschaftsbildung muss dort ansetzen, wo die Schüler:innen stehen.
36 Sie muss erklären, warum ein Diamant mehr kostet als eine Flasche Wasser, und
37 warum sich dieses Verhältnis schlagartig umkehrt, sobald man in der Wüste am
38 Verdursten ist. Sie muss zeigen, wie aus Millionen einzelner Entscheidungen
39 Preise entstehen, die niemand zentral festlegt und die dennoch erstaunlich
40 verlässlich Knappheiten signalisieren. Solche Einsichten sind keine
41 wirtschaftswissenschaftlichen Spitzfindigkeiten, sondern intellektuelles
42 Grundwerkzeug.

43 Hinzu kommt der inhaltliche Anspruch, den unser bestehender Antrag „Wirtschafts-
44 und Finanzbildung in der Schule“ mit dem Stichwort „neutraler Ansatz“
45 formuliert. Damit dieser Anspruch nicht im Lehrplan untergeht, muss er
46 konkretisiert werden. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit Wirtschaftsmodellen
47 umfasst auch die kritische Behandlung der historischen und gegenwärtigen
48 Realität von Kommunismus, Sozialismus und Planwirtschaft. Diese Systeme dürfen
49 weder beschönigt noch ausgespart werden, und sie verdienen die gleiche
50 analytische Strenge, die man in Schulbüchern zu Recht von der Behandlung der
51 Marktwirtschaft erwartet.

52 Wir fordern daher:

- 53 • Lehrpläne, die Grundverständnis vor Begriffsakrobatik stellen und
54 sicherstellen, dass jede:r Schüler:in zentrale ökonomische Konzepte wie
55 Knappheit, Opportunitätskosten, Preisbildung und Anreizwirkungen
56 tatsächlich versteht, bevor abstrakte Kennzahlen wie das BIP oder das
57 Magische Viereck behandelt werden.
- 58 • Einen Unterricht, der ökonomische Prinzipien anhand greifbarer Beispiele
59 aus dem Alltag der Schüler:innen vermittelt, statt sie als abstrakte
60 Formeln einzuüben.

- Eine objektive und faktenbasierte Behandlung von Wirtschaftsmodellen im Lehrplan, einschließlich einer kritischen Auseinandersetzung mit der historischen und gegenwärtigen Realität von Kommunismus, Sozialismus und Planwirtschaft anhand konkreter historischer Fallbeispiele.

Schulbücher mit verbindlicher Verpflichtung zu Ausgewogenheit

Selbst der beste Lehrplan greift zu kurz, wenn die Schulbücher, in denen er konkret wird, von ideologischer Schlagseite geprägt sind. Genau das ist heute oft der Fall. Viele Schulbücher behandeln wirtschaftliche Systeme nicht objektiv, sondern moralisch: Der Kapitalismus erscheint als Synonym für Gier, Ausbeutung und Umweltzerstörung, während kommunistische Systeme oftmals beschönigt und viele ihrer Verbrechen und systematischen Probleme ganz beiseitegelassen werden. Dass die Marktwirtschaft historisch mehr Menschen aus der Armut geführt hat als jedes andere Wirtschaftssystem, kommt in dieser Erzählung schlicht nicht vor. Besonders deutlich wird die Schieflage in der Darstellung der industriellen Revolution: Sie wird häufig als düsteres Kapitel der Ausbeutung erzählt, obwohl sie zugleich Millionen Menschen aus jahrhundertealter Armut geführt, breite Bildung überhaupt erst ermöglicht und die Grundlage für unseren heutigen Sozialstaat geschaffen hat. Diese Ambivalenz gehört in den Unterricht, nicht ihre einseitige Auflösung zugunsten einer moralisierenden Erzählung.

Es ist nicht so, dass Österreich kein Verfahren zur Qualitätssicherung von Schulbüchern hätte. Im Gegenteil: Bevor ein Schulbuch im Rahmen der Schulbuchaktion bestellt werden kann, muss es nach §§ 14 und 15 des Schulunterrichtsgesetzes ein Approbationsverfahren durchlaufen. Gutachterkommissionen aus Lehrer:innen, Schulleitungen und Hochschullehrenden prüfen Lehrplankonformität, fachliche Korrektheit und didaktische Eignung. Das Problem liegt nicht im Fehlen eines Verfahrens, sondern in seiner mangelnden Transparenz und in fehlenden expliziten Kriterien für ideologische Ausgewogenheit. Die Namen und Funktionen der Kommissionsmitglieder werden nicht systematisch öffentlich gemacht, eine externe Evaluierung der Kommissionsarbeit existiert nicht, und der Beutelsbacher Konsens, also Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung, ist zwar laut Ministerium Maßstab, aber nicht als verbindliches Approbationskriterium verankert. Dass tendenziöse Inhalte regelmäßig durch das Verfahren rutschen, ist die logische Folge.

Wir fordern daher:

- Die explizite Verankerung des Beutelsbacher Konsenses (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Schülerorientierung) als

verbindliches Approbationskriterium für alle Schulbücher mit wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Inhalten. Schulbücher, die diese Kriterien nicht erfüllen, dürfen keine Eignungserklärung erhalten und nicht in die Schulbuchliste aufgenommen werden.

- Volle Transparenz im Approbationsverfahren: Die Namen, Funktionen und fachlichen Hintergründe der Mitglieder der Gutachterkommissionen sollen öffentlich einsehbar sein, ebenso wie die anonymisierten Gutachten zu approbierten Werken. Wer entscheidet, was Millionen Schüler:innen lernen, darf nicht im Verborgenen agieren.
- Eine regelmäßige externe Evaluierung der Gutachterkommissionen sowie eine pluralistisch zusammengesetzte Kommission im Bereich Wirtschaft, in der unterschiedliche ökonomische Schulen und wirtschaftspolitische Perspektiven angemessen vertreten sind.

Lehrkräfte, die Wissen vermitteln statt Meinung verbreiten

Auch der beste Lehrplan und das ausgewogenste Schulbuch nützen wenig, wenn die Lehrkraft im Klassenzimmer ihre eigene politische Position als objektive Wahrheit präsentiert. Sätze wie „Neoliberalismus tötet“, „Der freie Markt ist eine Diktatur des Kapitals“ oder „Kapitalismus basiert auf Ausbeutung“ gehören vielerorts zum festen Repertoire, und sie verletzen die Verpflichtung zu fairer und ausgewogener Bildung in einer Weise, die in keinem anderen Schulfach geduldet werden würde. Niemand würde akzeptieren, dass Geschichte oder Biologie ähnlich tendenziös unterrichtet werden. Beim Wirtschaftsunterricht hingegen wird die Vermischung von Lehrauftrag und politischer Überzeugung erstaunlich oft als legitim hingenommen.

Das ist nicht zwangsläufig böser Wille der Lehrenden. Die wenigsten Lehrkräfte, die heute wirtschaftliche Inhalte unterrichten, haben eine fachlich fundierte ökonomische Ausbildung, die verschiedene Schulen ökonomischen Denkens gleichermaßen abdeckt. Wer im Studium nur einen Strang der Wirtschaftswissenschaften kennengelernt hat, wird im Unterricht naturgemäß diesen einen Strang vermitteln. Hier braucht es eine systematische fachdidaktische Nachqualifizierung mit klarem Fokus auf Pluralität.

Wir fordern daher:

- Verpflichtende fachdidaktische Fortbildungen für alle Lehrkräfte, die wirtschaftliche Inhalte unterrichten, mit klarem Bekenntnis zu Pluralität ökonomischer Schulen und einer sauberen Trennung zwischen Wissensvermittlung und persönlicher politischer Position.
- Die Verankerung des Beutelsbacher Konsenses auch in den fachdidaktischen Curricula der Lehramtsausbildung an den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten.
- Die klare Trennung von Bildung und politischer Agitation als Grundprinzip des Wirtschaftsunterrichts. Schulen sind Orte des Denkens, nicht des Denken-Vorgebens.

Markt statt Marx

Statt junge Menschen in der Illusion zu belassen, mehr Staat bringe mehr Wohlstand, sollten wir ihnen zeigen, wie freiheitliche Märkte Prosperität erzeugen und sichern. Das heißt nicht, die Marktwirtschaft kritiklos zu feiern. Im Gegenteil: Wer Märkte versteht, kennt auch ihre Grenzen, ihre Versagensfälle und die rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen, die sie überhaupt erst funktionsfähig machen. Genau dieses differenzierte Verständnis fehlt heute, und genau dieses Verständnis wollen wir fördern.

Eine liberale Bildungsoffensive bedeutet nicht, eine Ideologie durch eine andere zu ersetzen. Sie bedeutet, Schüler:innen die Werkzeuge in die Hand zu geben, mit denen sie selbst urteilen können: über den Markt, über staatliche Eingriffe, über jede neue politische Idee, die ihnen begegnen wird. Das ist anspruchsvoller als jede Indoktrination, aber es ist die einzige Form von Bildung, die einer freien Gesellschaft würdig ist. Genau das meint der in „Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule“ formulierte Anspruch auf Neutralität, und genau das wollen wir mit den hier vorgeschlagenen Hebeln an Lehrplan, Schulbüchern und Lehrkräften praktisch durchsetzbar machen.

Die Schule darf kein Ort der Indoktrination sein. Wirtschaftliche Bildung muss Schüler:innen befähigen, statt sie zu beeinflussen. Wir fordern eine klare Abkehr von linker Dogmatik im Klassenzimmer und den Mut zu einer faktenbasierten, liberalen Bildungsoffensive.